

19.02.2016

**Gemeinsame Pressemitteilung des NABU Kiel und der BUND KG Kiel,
vom 19.02.2016**

**Beschluss des Grünen Kreisverbands Kiel zum weiteren Planungs-
verfahren „Windpark Kiel-Meimersdorf/Flintbek“**



Auf Grund der aktuellen Berichterstattung in der Presse zum geplanten Windpark im Süden Kiels sehen sich der NABU Kiel und die BUND Kreisgruppe Kiel veranlasst, eine Richtigstellung vorzunehmen:

In den KN-Berichten vom Donnerstag, 18. Februar und Freitag, 19. Februar 2016 zur Beschlussfassung der Kieler Grünen wird der Eindruck vermittelt, die auf der jüngsten Kreismitgliederversammlung (KMV) von Bündnis 90/Die Grünen entwickelte neue Idee, eine Verringerung der Turmhöhe der geplanten Anlagen prüfen zu lassen, wäre auf Betreiben oder Wunsch der Naturschutzverbände veranlasst oder würde in irgendeiner Weise dem Naturschutz Rechnung tragen. Davon distanzieren sich die Naturschutzverbände! Die im Beschluss genannte ökologische oder landschaftspflegerische Veranlassung ist nicht gegeben. Eine solche alternative Anlagenhöhe ist von den im Verfahren beteiligten Naturschutzverbänden bei unterschiedlichsten Gelegenheiten immer als natur- und artenschutzfachlich nicht zielführend und damit als klar abzulehnende Maßnahme beurteilt worden. Einzig sinnvoll wäre nach wie vor die Nichtrealisierung des Vorhabens an dieser für Windkraft ungeeigneten Stelle. Dies wurde von den Naturschutzverbänden stets unmissverständlich kommuniziert, zuletzt noch wenige Tage vor besagter KMV. Die jetzt zur „Prüfung“ avisierte Höhenreduzierung bringt keinerlei signifikante Veränderung im Hinblick auf die umfangreichen kritischen Aussagen in den Stellungnahmen der Naturschutzverbände zu den zu erwartenden Konflikten. Und dies gilt bereits seit der Regionalplanung aus dem Jahr 2012, als ohnehin noch von 150-m Maximalhöhe ausgegangen worden war.

Wenn der Kieler Kreisverband von B90/Die Grünen nun versucht, einen solchen ökologischen Zusammenhang zu seinem aktuellen Beschluss herzustellen, ihn gar als ein Entgegenkommen darzustellen, so müssen wir hier unmissverständlich widersprechen: Mit der 150-m-Variante soll augenscheinlich der Versuch unternommen werden, die von der Partei zur Prüfung vorgeschlagenen Maßnahmen mit Naturschutzaspekten zu begründen, die faktisch so nicht gegeben sind.

NABU Gruppe Kiel
Gerrit Peters

Tel. +49 (0) 431 680139
info@nabu-kiel.de

BUND Kreisgruppe Kiel
Ulrike Hunold

bund.kiel@bund.net

Inhaltlich ist der Beschluss darüber hinaus gekennzeichnet von falschen Darstellungen zur Netzeinspeisung und Fehlinformationen zu Möglichkeiten der Einflussnahme auf das Planungsrecht. Da der Grünen-Kreisverband sich einer offen geführten Fachdiskussion mit Experten, auch auf Nachfrage hin, nicht stellen wollte, ist das Ergebnis dieses Beschlusses aus Naturschutzsicht jetzt bedauerlicherweise als Nullnummer zu bewerten. Der vorliegende, Beschluss der Kieler Kreisgrünen offenbart mit seinen weitestgehend wirkungslosen Forderungen mangelnden fachlichen Unterbau: Hier werden Aussagen und Prüfversprechen zu planungsrechtlichen Aspekten getätigt, die gar nicht mehr der politischen Kontrolle der kommunalen Selbstverwaltung unterliegen. Details der Eingriffs- und Ausgleichsplanung und des Immissionsschutzrechtes unterliegen der aktuellen Gesetzgebung, den Landeserlassen und den weiteren Vorgaben und der Überwachung durch die jeweiligen Fachbehörden. Damit wird jedoch der Eindruck erweckt, der Grünen-Kreisverband könne über seine Ratsfraktion auf diese Planungsaspekte in irgendeiner Weise im Verfahren Einfluss nehmen. Dies ist nicht der Fall! Wie viel Knicklänge letztlich in Anspruch genommen werden wird, wie viel Fläche versiegelt wird und wie die artenschutzrechtlichen Abschaltzeiten der Anlagen geregelt sein werden, all dieses entzieht sich gänzlich der Einflussnahme durch die örtliche Politik. Die Prüfversprechen jedenfalls, die B90/Die Grünen in ihrem Beschluss abgeben, sind damit letztlich inhaltsleer und wirkungslos.

Anstatt dem Projekt aufgrund der hinlänglich bekannten zu erwartenden gravierenden Auswirkungen auf den Landschafts-, Natur-, Umwelt- und Artenschutz nun endlich eine klare und endgültige Absage zu erteilen, versucht man hier weiterhin mit vermeintlichen ökologischen Verbesserungsversprechen daran festzuhalten.

Die im Verfahren beteiligten Naturschutzverbände NABU und BUND appellieren noch einmal nachdrücklich an die politisch Verantwortlichen, vor allem jetzt, da sich innerhalb der Ratskooperation – endlich und vernünftigerweise – andere Mehrheiten zu dem Vorhaben abzeichnen, das Projekt eher heute als morgen ad acta zu legen. Die Naturschutzverbände werden das Verfahren weiterhin und unter Prüfung aller rechtlichen Aspekte kritisch begleiten.

NABU Gruppe Kiel, Gerrit Peters (Tel. 0431 680139, email: info@nabu-kiel.de)

BUND Kreisgruppe Kiel, Ulrike Hunold (email: bund.kiel@bund.net)